



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Sanden

Telefon: (0221) 33675

Fax: (0221)

E-Mail: lars.sanden@stadt-koeln.de

Datum: 13.12.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 07.10.2019, 15:00 Uhr bis 17:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Franz Philippi	SPD	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	Anwesend ab 15:34 Uhr
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD	
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Frau Anneliese Hauser	CDU	

Ratsmitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU	In Vertretung für Frau Nesseler-Komp
Anwesend bis 15:27 Uhr		
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	In Vertretung für Herrn Dr. Schlieben
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln	

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD- Fraktion
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD

Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD Anwesend bis 16:19
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Silvia Behrendt	Stadtschulpflegschaft
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
-------------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakcioglu	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Malika Jakobs-Neumeier	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Mehmet Cambaz	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Herr Ausschussvorsitzender Philippi, SPD-Fraktion, wünscht Herrn Dr. Schlieben im Namen aller Anwesenden eine gute Genesung und hofft auf eine Rückkehr zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.

Die Verwaltung schlägt vor, den Änderungsantrag unter TOP 2.1, den Dringlichkeitsantrag unter TOP 2.2, die Beschlussvorlage unter TOP 4.4 sowie die Mitteilung unter TOP 5.4 zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Zudem schlägt Herr Ausschussvorsitzender Philippi, SPD-Fraktion, vor, die Tagesordnung um einen TOP 0 zu erweitern, in welchem Herrn Ruland als Sprecher des Forums für Lehrkräfte der Rheinischen Musikschule Köln als auch Frau Zimmermann von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Dozentinnen und Dozenten der Volkshochschule Köln zu geplanten Kürzungen bei diesen Bildungseinrichtungen im Rahmen des Haushalts 2020/2021 Rederecht eingeräumt wird.

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Stellungnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2020/21 von Vertreterinnen und Vertretern der Dozentinnen und Dozenten der Rheinischen Musikschule und der VHS

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Antrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"
AN/1031/2019
AN/1031/2019

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1097/2019
AN/1097/2019

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1316/2019
AN/1316/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
AN/1352/2019

- 2.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion: Prüfauftrag zur Modifizierung des Anmeldeverfahrens an Grundschulen mit dem Siegel Europaschule
AN/1343/2019

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

- 3.1.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganztage an Kölner Schulen
AN/0893/2019

Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganztage an Kölner Schulen
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 24.06.2019; TOP 3.2.1
2445/2019

- 3.1.2 Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Veränderungen Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2016/17) ./ 7. Klasse (2018/19)
AN/1126/2019

Veränderung Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2016/17) zu 7. Klasse (2018/19)
3306/2019

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Erstellung eines Neubaus für eine Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle in der Gaedestr., Köln-Marienburg
Baubeschluss
2135/2019

- 4.2 Generalsanierung der Turnhalle der Städtischen Katholischen Grundschule Osterather Straße 13, Köln-Nippes - Bau- und Einrichtungsbeschluss
2450/2019

- 4.3 Bestellung eines Schriftführers
3332/2019

- 4.4 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Geneveva-Gymnasiums, Genevevastr. 58-62, 51063 Köln-Mülheim
2527/2019

5 Mitteilungen

- 5.1 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers
2484/2019
- 5.2 Sachstandsbericht "Starke Veedel - Starkes Köln"
2933/2019
- 5.3 Räumliche und bauliche Situation an der GGS Europaring; Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Philippi, SPD-Fraktion, aus der Sitzung des ASW vom 06.05.2019
3090/2019
- 5.4 Interimsstandort Dreikönigsgymnasium – Sachstandsmitteilung
3464/2019

6 Anfragen

- 6.1 Mündliche Anfrage von Frau Westphal, FDP-Fraktion
- 6.2 Mündliche Anfrage von Frau Behrendt, Stadtschulpflegschaft

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Stellungnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2020/21 von Vertreterinnen und Vertretern der Dozentinnen und Dozenten der Rheinischen Musikschule und der VHS

Herr Ruland und Frau Zimmermann kritisieren die die Rheinische Musikschule und die Volkshochschule betreffenden Kürzungen im Haushaltsplanentwurf 2020/21.

Sie stellen dar, dass dies zu Lasten der Dozentinnen und Dozenten ginge und Unterrichtsausfall bzw. den Ausfall von Kursen zur Folge haben werde. Sie bitten eindringlich, auf diese Kürzungen zu verzichten.

Im Rahmen einer ausführlichen Diskussion sind sich die Rednerinnen und Redner der Fraktionen darüber einig, dass in der kommenden Sitzung des Finanzausschusses eine Lösung im Sinne der Dozentinnen und Dozenten dieser wichtigen Bildungsinstitutionen gefunden werden müsse.

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Antrag der SPD-Fraktion und von RM Gerlach betreffend "Odysseum als Bildungseinrichtung in Köln erhalten"

AN/1031/2019

AN/1031/2019

Die SPD-Fraktion ändert Ihren Antrag wie folgt ab:

Beschluss in geänderter Fassung:

1. Der Rat bekennt sich zum außerschulischen wissenschaftlichen Lernort Odysseum in Köln Kalk und setzt sich dafür ein, das Odysseum an diesem Standort dauerhaft zu sichern. Der Rat sieht das Odysseum als wichtigen Bestandteil zur Förderung wissenschaftlicher Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche gerade in den vom Fachkräftemangel besonders betroffenen MINT Disziplinen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik)

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie zusammen mit der SK-Stiftung Wissen und dem derzeitigen Betreiber Explorado Operations GmbH ein zukunftsfähiges Modell für den Erhalt und die Fortentwicklung des Odysseums unter Beteiligung der Stadt Köln als außerschulischen Lernort aussehen kann.

Dabei soll insbesondere berücksichtigt werden,

- a. dass der Charakter des Odysseums als Science Center **erhalten bleibt, seine Funktion** als außerschulischer Lernort **ausgebaut wird und das Odysseum** nicht zu einem gewerblichen Freizeitpark zurückentwickelt wird.
- b. dass die Eintrittspreise mit dem Preismodell der anderen städtischen Jugend- und Bildungseinrichtungen harmonisiert werden.
- c. dass die mittlerweile in die Jahre gekommenen Ausstellungsstücke und das pädagogische Konzept modernisiert werden müssen.
- d. **wie die Ausstellung über eine Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen wie der Universität, der Technischen Universität, der Max-Planck-Gesellschaft, der DLR, mit Bildungsinstitutionen wie Kölner allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II sowie mit dem Know-how von Unternehmen in Köln und im Umland verbessert werden kann. Auch Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) und Einzelgewerkschaften, Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer sowie Umweltverbände (hinsichtlich der Technikfolgenabschätzung) können hier einen Beitrag leisten.**
- e. **Fördermittel des Landes für den außerschulischen Lernort Odysseum einzuwerben**
- f. ob und zu welchen Konditionen ein Ankauf **des Gebäudes und des Grundstücks des Odysseums** durch die Stadt Köln erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke **abgelehnt**.

Änderungsantrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/1097/2019
AN/1097/2019

Endgültig zurückgezogen

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1316/2019
AN/1316/2019

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird mit den folgenden Änderungen beschlossen:

1. Der Rat bekennt sich zum außerschulischen wissenschaftlichen Lernort Odysseum in Köln Kalk und setzt sich dafür ein, das Odysseum an diesem Standort dauerhaft zu sichern. Der Rat sieht das Odysseum als wichtigen Bestandteil zur Förderung wissenschaftlicher Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche gerade in den vom Fachkräftemangel besonders betroffenen MINT Disziplinen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). **Die zukünftige Trägerschaft des Wissensmuseums betrachtet der Rat als eine kommunale Aufgabe.**

2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie zusammen mit der Stiftung Wissen der Sparkasse KölnBonn ein zukunftsfähiges Modell für den Erhalt und die Fortentwicklung des Odysseums in kommunaler Trägerschaft als außerschulischer Lernort aussehen kann.

Dabei soll insbesondere berücksichtigt werden,

- a. dass der Charakter des Odysseums als Science Center **erhalten bleibt, seine Funktion** als außerschulischer Lernort **ausgebaut wird und das Odysseum** nicht zu einem gewerblichen Freizeitpark zurückentwickelt wird.
- b. dass die Eintrittspreise mit dem Preismodell der anderen städtischen Jugend- und Bildungseinrichtungen harmonisiert werden.
- c. dass die mittlerweile in die Jahre gekommenen Ausstellungsstücke und das pädagogische Konzept modernisiert werden müssen.
- d. **wie die Ausstellung über eine Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen wie der Universität, der Technischen Universität, der Max-Planck-Gesellschaft, der DLR, mit Bildungsinstitutionen wie Kölner allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II sowie mit dem Know-how von Unternehmen in Köln und im Umland verbessert werden kann. Auch Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) und Einzelgewerkschaften, Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer sowie Umweltverbände (hinsichtlich der Technikfolgenabschätzung) können hier einen Beitrag leisten.**
- e. **Fördermittel des Landes für den außerschulischen Lernort Odysseum einzuwerben**
- f. zu welchen Konditionen ein Ankauf **des Gebäudes und des Grundstücks des Odysseums** durch die Stadt Köln erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP AN/1352/2019

Herr Ausschussvorsitzender Philippi, SPD-Fraktion, stellt den SPD-Antrag vor. Er betont den hohen Stellenwert des Odysseums als MINT- bzw. außerschulische Bildungsstätte, welches an diesem Standort erhalten werden müsse.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, stellt den Antrag der Fraktion Die Linke vor. Ein Verkauf eines Teilgrundstücks an einen Investor soll verhindert werden. Stattdessen soll das Odysseum in städtischer Trägerschaft fortgeführt werden.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betont, dass aufgrund der Patronatsklärung kein Zeitdruck bestünde. Die Sparkasse sei in der Pflicht, nachzubessern. Gleichzeitig sei ein umfassender Blick auf die gesamte MINT-Landschaft in Köln erforderlich.

Herr Wortmann, Freie Wähler Köln, bedankt sich für die Möglichkeit, vor diesem Ausschuss zu sprechen. Er legt die Erforderlichkeit eines neuen Konzepts für das Odys-

seum dar. Er zieht seinen Antrag zurück, wenn der Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP dahingehend ergänzt wird, den Betreiber, die Explorado Operations GmbH, in die Gespräche miteinzubeziehen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, hebt die Wichtigkeit des Erhalts des Odysseums ebenfalls hervor. Der Antrag könne entsprechend angepasst werden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, weist darauf hin, dass sich das Odysseum in Verhandlungen mit der Explorado Operations GmbH über Verkauf eines Grundstücks befände. Dies würde einen stärkeren Fokus auf Freizeitaktivitäten und weg von MINT-Bildung nach sich ziehen. Um dies zu verhindern, sei eine stärkere kommunale Verantwortung von Nöten.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht davon aus, dass der politische Wille in den Gremien des Rates seitens der Sparkassenstiftung bei der weiteren Vorgehensweise berücksichtigt werde.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, erläutert einerseits die Wichtigkeit der Abgabe eines Bekenntnisses zu diesem Standort außerschulischen Lernens sowie andererseits des Offenhaltens der Option, seitens der Stadt Köln ggf. zu einem späteren Zeitpunkt auf das Grundstück zugreifen zu können. Eine Wandlung zu einem rein kommerziell ausgerichteten Angebot sei zu verhindern.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, hebt auch mit Blick auf den Fachkräftemangel die Wichtigkeit des Odysseums als außerschulischen Lernort hervor.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, ergänzt, dass das Odysseum mit seinem derzeitigen Konzept aus Ihrer Sicht ein sehr gutes Angebot darstelle, aber keinen außerschulischen MINT-Lernort. Es müsse nun überlegt werden, ob und wie man das Odysseum zu einem solchen machen könne.

Die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die FDP-Fraktion ändern ihren Antrag wie folgt ab:

Beschluss in geänderter Fassung:

1. Die von der Stiftung Wissen der Sparkasse KölnBonn betriebene Einrichtung „Odysseum“ wird weiterhin nicht durch städtische Mittel unterstützt, die Verantwortung hierfür liegt weiterhin bei der Eigentümerin.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Ausweitung des MINT- und Technikangebotes im Rahmen von außerschulischen Lernorten in Köln zu erstellen **und den derzeitigen Betreiber, Explorado Operations Köln GmbH, in die Konzeptionsgespräche einzubeziehen.**

Dieses Konzept soll verschiedene Modelle für solche Lernorte entwickeln und dabei die historische Bedeutung Kölns als Standort einer innovativen Technik- und Industriegeschichte berücksichtigen. Hierbei sind auch die schon bestehenden Angebote in Köln im Hinblick auf Ausbau und weiterer Kooperationen einzubeziehen und die Zusammenarbeit mit den Hochschulen in der Region sowie anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zu suchen.

3. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, welche Mittel für die Förderung von außerschulischen Lernorten bei der EU, dem Bund, dem Land NRW und weiteren privaten und öffentlichen Partnern eingeworben

werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

2.2 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion: Prüfauftrag zur Modifizierung des Anmeldeverfahrens an Grundschulen mit dem Siegel Europaschule AN/1343/2019

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert den Antrag. Es stelle sich die Frage, wie die Konzeption einer Europaschule mit den Anmeldemodalitäten insbesondere an stark nachgefragten Grundschulen übereinzubringen sei und was unternommen werden könne, damit die jeweiligen Schulen mindestens die Hälfte ihrer Klassen bilingual unterrichten könnten.

Frau Naegele, SPD-Fraktion, bittet um Prüfung, ob es sich hierbei um eine schulrechtliche Angelegenheit handele. Zudem erkundigt sie sich nach den unterschiedlichen Siegeln, die es für Europaschulen gäbe sowie um welche Art des bilingualen Lernens es hier ginge (um „Neulerner“ oder Kinder, die ihre Zweitsprache pflegen möchten).

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bittet die Verwaltung, die Aufnahmebedingungen an Grundschulen darzulegen.

Frau Gorklo-Blameuser, stellvertretende Amtsleiterin des Amtes für Schulentwicklung, erklärt, dass der Schulträger keine Möglichkeit habe, auf das Verfahren einzuwirken. Das Schulgesetz besage, dass dort, wo ein Anmeldeüberhang bestehe, das Kriterium der Wohnortnähe entscheidend sei. Auch eine Prüfung durch das Rechtsamt der Stadt Köln habe ergeben, dass ein Abweichen hiervon nicht zulässig sei.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, erkundigt sich danach, welche Schulen hiervon betroffen seien.

Frau Gorklo-Blameuser, teilt mit, dass es sich bei den Grundschulen um die GGS Geilenkircher Str. (Angebot in Französisch) und die GGS Annastr. (Angebot in Englisch) handele.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit das Anmeldeverfahren an Grundschulen, die mit dem Siegel „Europaschule“ ausgezeichnet sind, modifiziert werden kann, um den Schulen zu ermöglichen, mindestens 50% ihrer Klassen bilingual zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganztage an Kölner Schulen AN/0893/2019

Qualität und Arbeitsbedingungen im Offenen Ganztage an Kölner Schulen hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 24.06.2019; TOP 3.2.1 2445/2019

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung. Er betont insbesondere die aus der Beantwortung hervorgehende zu niedrige Fachkraftquote bei den Gruppenleitungen. In diesem Zusammenhang problematisiert er auch die geringe Bezahlung und die geringen Stundenkontingente des OGS-Personals. Dies sei ein wesentlicher Grund für den Fachkräftemangel in der OGS.

Herr Kockerbeck möchte wissen, ob der geänderte Verwendungsnachweis für das Schuljahr 2019/2020 nun vorliege. Er bemängelt die Dauer der Überarbeitung seit dem Vorliegen des Prüfberichts des Rechnungsprüfungsamtes.

Hinsichtlich der Buch- und Belegprüfungen fragt Herr Kockerbeck, in welchen Intervallen ein Träger damit rechnen könne, dass eine einzelne OGS geprüft werde.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich danach, wie die Fortbildungsangebote der Verwaltung durch die Träger angenommen würden.

Frau Gorklo-Blameuser, stellvertretende Amtsleiterin des Amtes für Schulentwicklung, berichtet von einer sehr guten Nachfrage bei fast allen Veranstaltungen. Sie wird hierzu einen Bericht mit Darlegung des Angebots und der Anzahl der Teilnehmenden nachreichen.

Herr Pannes, Fraktion Die Linke, weist darauf hin, dass der offene Ganztage ein Provisorium auf dem Weg zum gebundenen Ganztage sei.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, ergänzt, dass es wichtig sei, eine Qualitätsdebatte den Offenen Ganztage betreffend zu führen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger stellt zunächst klar, dass man beim Offenen Ganztage nicht mehr von einem Provisorium sprechen könne, da dieser über den Landeserlass festgeschrieben und in den Grundschulen fest etabliert sei. Er stellt die in Köln auch im überregionalen Vergleich sehr positive OGS-Versorgungsquote heraus, welche auch im Hinblick auf einen möglichen Rechtsanspruch auf einen Ganztagebetreuungsplatz jedoch weiter in Richtung einhundertprozentiger Versorgung ausgebaut werden müsse. Diesbezüglich würde man über eine verstärkte Unterstützung des Landes und auch über das Thema Konnexität sprechen müssen.

Das Thema der Qualitätsentwicklung sei schon im Laufe des Schuljahres 2018/2019 ausgeweitet worden, man befinde sich in intensiven Diskussionen mit den Trägern des Offenen Ganztages hierüber. Diese und weitere Anliegen, wie auch der Weg hin zu

einer wünschenswerten tarifgebundenen Bezahlung der im Offenen Ganztage beschäftigten Personen, würden u.a. in den Qualitätsdialogen erörtert.

Die Anfragebeantwortung wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

**3.1.2 Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Veränderungen Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2016/17) J. 7. Klasse (2018/19)
AN/1126/2019**

**Veränderung Schulanmeldezahlen 5. Klasse (2016/17) zu 7. Klasse (2018/19)
3306/2019**

Die Anfragebeantwortung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bedankt sich bei der Verwaltung für die umfassende Beantwortung der Anfrage. Insgesamt seien der Statistik nicht viele Überraschungen zu entnehmen, im Detail sei dies allerdings der Fall.

Hervorgehoben wird insbesondere die Problematik der „Abschulung“ an Gymnasien mit einem Wechsel dieser Schülerinnen und Schüler auf die Realschulen, welche im Schnitt eine Klassenbesetzung mit 27 Schülerinnen und Schülern halten könnten, im Einzelfall jedoch hiervon abweichen.

Der Fokus müsse insgesamt weiter auf den Ausbau von Gesamtschulplätzen, jedoch ebenfalls auf den Ausbau der Haupt- und Realschulplätze gelegt werden, da Gesamtschulen aufgrund ihrer Konzeption keine Abgänger aus Gymnasien aufnehmen könnten.

Frau Naegele, SPD-Fraktion, bedankt sich ebenfalls für die vorgelegte Statistik, die für die Schulentwicklungsplanung deutliche Hinweise liefere.

Sie führt aus, dass bei einer angenommenen Klassengröße von 29 Kindern jedes Jahr rund 15 bzw. 17 Schulklassen „abgeschult“ würden. Dieses bereits von Frau Hölzing geschilderte Problem müsse gelöst werden.

Sie problematisiert ferner, dass Realschulen Inklusion betreiben sollten, aber nur in seltenen Fällen die Möglichkeit hätten, verkleinerte Klassen in Anspruch zu nehmen. Positiv sei generell zu sehen, dass der Schulträger bemüht sei, bei Inklusion kleinere Klassen anzubieten.

Das Problem der „Abschulung“ sei ein Strukturproblem, welches nur durch das Anbieten integrierter Systeme zu lösen sei. Viele dieser Kinder hätten einen Gesamtschulplatz erhofft, diesen aber nicht erhalten und stattdessen ein Gymnasium besucht. Festzuhalten sei, dass man den Haupt- und Realschulen diese Problematik nicht alleine aufbürden darf.

Auch angesichts weiter steigender Schülerzahlen müsse im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Fokus noch ein wenig mehr auf integrierte Systeme gelegt werden.

Laut Frau Ruffen, FDP-Fraktion, zeige die Beantwortung, dass man es nicht mehr leisten könne, Haupt- und Realschulen als Schulen zu vernachlässigen, die ohnehin auslaufen würden. Diese Schulformen müssten als ungemeine Unterstützung in ei-

nem vielfältigen Bildungssystem anerkannt werden, welches noch keine endgültige Richtung habe.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, unterstützt die Aussagen von Frau Ruffen. Die Realschulen müssten gestärkt werden, da man sie längerfristig brauche. Dies gelte auch für die Hauptschulen, wo Eingangsklassen mit weniger Schülerinnen und Schülern belegt würden, um später auffangen zu können.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, betont, es sei richtig, dass Realschulen stark belastet seien. Stärker seien aber die Hauptschulen belastet. Dort stiegen die Schülerzahlen von der fünften zur siebten Klasse um 52 % an. Diese Schulformen würden so lange benötigt, wie das dreigliedrige Schulsystem existiere. Für die Stadtschulpflegschaft sei klar, dass man mehr Gesamtschulplätze benötige, damit es nicht zu „Abschulungen“ komme.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, beklagt, dass Haupt- und Realschulen als nötig definiert würden, weil „abgeschult“ werde. Dies werde diesen Schulformen jedoch nicht gerecht. Gesamtschulen seien ein eigenes System, welches gemäß Landesdefinition nicht dafür da sei, Schülerinnen und Schüler von Gymnasien aufzunehmen.

Eine andere Lösung werde in anderen Bundesländern gezeigt, wo keine „Abschulungen“ existierten. Hier seien Schulen rechtlich verpflichtet worden, aufgenommene Schülerinnen und Schüler zu einem ersten Abschluss am Ende der Sekundarstufe I zu führen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, bedankt sich für diesen Hinweis und verweist in diesem Zusammenhang auf die Experimentierklausel bei einzelnen Gymnasien, mit welcher diese sich verpflichteten, bis einschließlich Klasse 9 keine „Abschulungen“ vorzunehmen. Als Priorität für die zukünftige Schulentwicklungsplanung stellt er den Ausbau von Gesamtschulplätzen sowie von Gymnasialplätzen im Hinblick auf G9 heraus. Insbesondere Gesamtschulplätze ohne die Möglichkeit der „Abschulung“ seien für seine Fraktion die richtigen Plätze für eine Schullaufbahn. Haupt- und Realschulen seien ein Modell, welches erforderlich sei, weil die Voraussetzungen noch nicht vorlägen, auf der einen Seite integrierte Systeme und auf der andere Seite Gymnasien zu haben.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hebt als große Errungenschaft der letzten Ratsperiode hervor, dass man sich geeinigt habe, dass der Elternwille entscheide.

Frau Westphal, FDP-Fraktion, stellt die Frage in den Raum, wie in einem aus Gymnasium und Gesamtschule bestehenden System mit „Abschulungen“ umgegangen werden sollte. Hier würden die Realschulen benötigt.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, betont ebenfalls die Wichtigkeit des Schulfriedens der letzten Ratsperiode. Zudem müsste Schülerinnen und Schülern, welche Haupt- oder Realschulen besuchen, stärker vermittelt werden, dass sie wichtig seien. Die Industrie betone regelmäßig, dass sie diese Schülerinnen und Schüler brauche, um Ausbildungsplätze, z.B. im Handwerk, zu besetzen. Abschließend betont er noch einmal, dass auch die CDU-Fraktion für die Gesamtschule sei und die Diskussion darüber damit hinfällig wäre.

Die Anfragebeantwortung wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Erstellung eines Neubaus für eine Grundschule mit einer 1-fach Turnhalle in der Gaedestr., Köln-Marienburg Baubeschluss 2135/2019

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich hinsichtlich der eingeplanten Küche danach, von welcher OGS-Versorgungsquote die Verwaltung bei Neubauten generell ausgeht.

Herr Gräbener, Amt für Schulentwicklung, antwortet dahingehend, dass die Verwaltung bei Neubauten in Anbetracht der stetig steigenden Nachfrage nach OGS-Plätzen und unter Berücksichtigung der Diskussion um einen möglichen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz stets mit einer einhundertprozentigen OGS-Versorgungsquote plane und die Küchenkapazität entsprechend ausrichte.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, bittet darum für die Zukunft zu berücksichtigen, dass Zweifach- statt Einfachturnhallen geplant werden.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bestätigt, dass aktuell immer geprüft würde, ob Zweifachturnhallen realisierbar seien. Dies sei in diesem Fall nicht möglich gewesen, was die Verwaltung im Rahmen einer Mitteilung unter Session-Nr. 0276/2017 jedoch frühzeitig kommuniziert habe.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bemängelt aus seiner Sicht zu hohe Honorarkosten, welche unter Berücksichtigung der Modulbauweise für die drei Schulstandorte Gaedestr., Thessalonikiallee und Statthalterhofallee eigentlich sinken sollten.

Frau Kißmann, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, sagt hierzu eine schriftliche Stellungnahme zu.

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die vertiefte Kostenschätzung für den Neubau der Grundschule inklusive einer 1-fach Turnhalle in der Gaedestr., 50968 Köln mit Gesamtkosten in Höhe von rund 23,768 Mio € (inklusive Indexsteigerung bis Baubeginn von 7,3 % auf die Kostengruppen 200 bis 500 und einschließlich 1.002.800,- € Einrichtungskosten) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung sowie Einrichtung der Schule.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 30% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtkosten gemäß vertiefter Kostenschätzung. Durch diesen Beschluss wird lediglich das Budget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis der derzeitigen Flächenverrechnungspreise ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inkl. Neben- und Reinigungskosten in Höhe von rund 531.000 €, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 681.800 € sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 321.000 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Generalsanierung der Turnhalle der Städtischen Katholischen Grundschule Osterather Straße 13, Köln-Nippes - Bau- und Einrichtungsbeschluss
2450/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf und die Kostenschätzung für die Generalsanierung des Turnhallengebäudes der Katholischen Grundschule Osterather Straße in Köln-Nippes, Osterather Straße 13, mit Gesamtkosten in Höhe von 1.877.855,27 Euro brutto (Baukosten 1.450.355 Euro, bauliche Einrichtungskosten 56.000 Euro und Fachplanerleistungen 371.500 Euro) zuzüglich Sportgeräte und sonstige Einrichtung in Höhe von 23.000 Euro brutto. Zudem beauftragt er die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und Einrichtung.

Außerdem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag in Höhe von 10% bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 187.785,53 Euro brutto. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von 63.631 Euro, die voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2021 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, finanziert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bestellung eines Schriftführers
3332/2019**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt für seine Sitzung am 07.10.2019 Herrn Lars Sanden zum Schriftführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Geneveva-Gymnasiums, Genevevastr. 58-62, 51063 Köln-Mülheim 2527/2019

Beschluss:

1. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus des Geneveva-Gymnasiums, Genevevastr. 58-62, 51063 Köln-Mülheim mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1,463 Mio. € (investiver Anteil 535.000 €, konsumtiver Anteil 928.000 €).
2. Der Finanzausschuss beschließt die erste Freigabe von Kassenmitteln im Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 535.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-9-3045, Gymnasium, Genevevastr. 58-62, Erweiterung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Bericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers 2484/2019

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist auf Punkt 1.1.1 der Anlage zur Mitteilung, wonach zugewanderte Schulsehlinge unter bestimmten Umständen keine Zuweisung in eine Vorbereitungsklasse erhielten. Sie appelliert daran, diese Problematik zu lösen.

Hinsichtlich des thematisierten Lenkungsgebietes Regionale Bildungslandschaft bittet sie darum, innerhalb des nächsten halben Jahres einen Bericht darüber zu erhalten, welche Maßnahmen dort erörtert werden, um diesem Zustand abzuwehren.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, erkundigt sich danach, wie häufig die ZMI-Beiratssitzungen stattfinden und wie der Informationsfluss aufgrund der Vielzahl der beteiligten Akteure sichergestellt werde.

Frau Brockmann, Amt für Schulentwicklung, sagt einen Bericht nach sechs Monaten zu. Die ZMI-Beiratssitzungen finden regelmäßig statt. Die Kommunikation mit den beteiligten Akteuren sei durchaus herausfordernd, aber die Zusammenarbeit funktioniert sehr verlässlich.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, erkundigt sich ferner danach, welche Rechtsform das ZMI habe.

Die Verwaltung wird dies nachreichen.

Die Mitteilung wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

5.2 Sachstandsbericht "Starke Veedel - Starkes Köln" 2933/2019

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Räumliche und bauliche Situation an der GGS Europaring; Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Philippi, SPD-Fraktion, aus der Sitzung des ASW vom 06.05.2019 3090/2019

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Interimsstandort Dreikönigsgymnasium – Sachstandsmitteilung 3464/2019

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bemängelt, dass im Ausschuss für Schule und Weiterbildung nicht derjenige Übersichtsplan wie in der Unteren Naturschutzbehörde vorliegt. Sie zweifelt die Notwendigkeit von 50 Stellplätzen zuzüglich zwei Behinderten- und drei Kiss-and-Ride-Stellplätzen an. Sie beklagt die vorgesehene Fällung von elf Bäumen.

Einigkeit besteht fraktionsübergreifend darin, dass es bei dieser Maßnahme zu keinerlei Verzögerungen kommen darf.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte ebenfalls keinerlei Verzögerung bei dieser Baumaßnahme haben, dies habe man auch in den Gesprächen mit den Naturschutzverbänden im Vorfeld der Sitzung des Naturschutzbeirats bei der Unteren Naturschutzbehörde deutlich gemacht. Er bemängelt, dass in der Sitzung der Bezirksvertretung Pläne vorgelegen hätten, aus denen die Notwendigkeit der Fällung von Bäumen in dieser Form nicht hervor gegangen sei. Er bittet darum, diejenigen fünf bis sechs Bäume, die auf den vorgesehenen Parkplätzen stehen, vorerst von der Fällung auszunehmen. Dies könne man gegebenenfalls im Frühjahr nachholen.

Frau Böhmer, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, betont, dass die Verwaltung so wenige Bäume wie möglich fällen möchte, es sich hier jedoch aufgrund der vorgefundenen Umstände um eine sehr komplexe Baumaßnahme handle. Es würde Ausgleichsflächen geschaffen und im Bürgerpark würden Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt. Auch nach Aufgabe des Interims würde das Grundstück wieder hergerichtet.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum darzulegen, ob Spielraum bestünde hinsichtlich der Anzahl der nachzuweisenden Stellplätze. Zudem sei auch in Anbetracht des ausgerufenen Klimanotstandes darauf hinzuweisen, dass neu gepflanzte Bäume 10-15 Jahre alte Bäume nicht gleichwertig ersetzen könnten.

Frau Kißmann, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, antwortet, dass der Verwaltung kurzfristig die Baugenehmigung zugehen werde und dort festgeschrieben sei, wie viele Stellplätze nachzuweisen seien. Dies müsse umgesetzt werden, es bestünde dahingehend kein Spielraum. Sie möchte nach Vorliegen der Baugenehmigung schnellstmöglich mit den notwendigen Maßnahmen beginnen, ist aber bereit, sich die

Möglichkeit des Erhalts einzelner Bäume noch einmal anzuschauen. Sie appelliert dennoch für die Verwaltung, die Maßnahme zügig durchführen zu können.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfrage von Frau Westphal, FDP-Fraktion

Frau Westphal, FDP-Fraktion, erkundigt sich nach einem Antrag auf Einrichtung eines zusätzlichen Computerraums am Heinrich-Heine-Gymnasium.

Man habe dort auf einen im März eingereichten Antrag telefonisch die Rückmeldung erhalten, dass für Schulen der Größe des Heinrich-Heine-Gymnasiums zwei Computerräume vorgesehen seien und entsprechende Finanzmittel nicht vorhanden seien. Es sei aber aufgrund zusätzlicher IT-Kurse dringender Bedarf nach einem zusätzlichen Computerraum vorhanden. Sie bittet um eine erneute Prüfung der Angelegenheit und eine schriftliche Rückmeldung an die Schule.

6.2 Mündliche Anfrage von Frau Behrendt, Stadtschulpflegschaft

Frau Behrendt, Stadtschulpflegschaft, erkundigt sich angesichts der bevorstehenden Schulanmeldephase der zukünftigen Erstklässler danach, mit wie vielen Zügen die KGS Cäsarstr. im Schuljahr 2020/2021 starten werde.

Antwort der Verwaltung zur Niederschrift:

Die Franziskus-Schule, KGS Cäsarstraße, ist 1,5-zügig, im Rahmen ihrer Zügigkeit nimmt die Schule alternierend eine oder zwei Eingangsklassen auf. Eine Erhöhung der Zügigkeit ist zum nächsten Schuljahr nicht vorgesehen. Gleichwohl kann die Schule im kommenden Schuljahr eine zweite Eingangsklasse aufnehmen, soweit dies aufgrund der Gesamtzahl der Schulanmeldungen in Bayenthal erforderlich wird.

7 Verschiedenes

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, habe den Neubau der Gesamtschule Nippes lange kritisch begleitet, möchte angesichts des bevorstehenden Bezugs und der positiven Rückmeldungen nun aber die Gelegenheit nutzen, sich hierfür bei allen Beteiligten zu bedanken.

gez.

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Sanden

Schriftführer